

**Thomas Bauer am Unternehmertag 2011 der
Bayerischen Bauindustrie: Kernaussagen zu politischen Themen**

München, 6. April 2011
06 / 11

(bbiv) München. „Verbände müssen auch über das reden, was unser Leben als Unternehmer oder als Bürger ganz allgemein beeinflusst, nicht nur über verbandsspezifische Themen“, so Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, heute beim Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie in Straubing. Einige seiner Kernaussagen:

Zur Energieversorgung:

Viele Menschen haben angesichts der Vorkommnisse in Japan Angst vor der Atomtechnologie und sie wollen den Ausstieg möglichst schnell. Diese Angst werden wir auch mit noch so vielen guten Argumenten nicht beseitigen können. Eine Umstellung auf alternative Energien ist aber nur möglich, wenn wir wirklich handeln. Das gefällt aber vielen nicht.

Wir brauchen schnellstens: Etwa 3.000 km Fernleitungen, zwei Stromtarife für jeden Haushalt – einen hohen für Tageszeiten und einen billigen für Randzeiten –, die Verbesserung der fossil-befeuerten Kraftwerke, die schnelle Einführung moderner Verfahren des „Intelligent Grid“ sowie den schnelleren Bau neuer alternativer Kraftwerke. Dazu müssen Gesetze verabschiedet werden, um das alles deutlich zu beschleunigen.

Zur geplanten Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen:

Es ist heute völlig unmöglich, in Ingenieurunternehmen – wie am Bau – ausreichend Frauen für Führungspositionen zu finden. Niemand verhindert aber, dass Frauen Ingenieure werden. Die Folge wird sein: In Ingenieurunternehmen kommen künftig für Führungsaufgaben nur Juristinnen und Wirtschaftswissenschaftlerinnen in Frage. Daher müssten wir den jungen Männern erklären, dass sie diese Fächer nun nicht mehr studieren sollen, da sie da kaum mehr Chancen haben werden, ganz nach oben zu kommen.

Das kann doch nicht sein!

Frauen treffen ihre eigenen Entscheidungen, und das ist zu akzeptieren. Zu diesen Entscheidungen gehört auch, dass sich viele Frauen für die Familie entscheiden und dass sie sich für Lebenswege entscheiden, die das, was man modern als work-life-balance bezeichnet, wesentlich mehr berücksichtigen. Die Gesellschaft muss allerdings die Voraussetzungen schaffen, dass sie eine wirklich freie Entscheidung treffen können – so durch die ausreichende Bereitstellung von Kinderkrippen, usw.

Zum Compliance-Check durch Unternehmen in Unternehmen:

Es ist heutzutage üblich, dass große Lieferanten einen sogenannten Compliance Check durchführen. Dabei wird auch danach gefragt, ob Unternehmensverantwortliche in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig sind, so z. B. in Parteien, und ob das unter Compliance Gesichtspunkten akzeptabel ist.

Was ist denn das für ein freiheitliches Land, in dem es Begrenzungen für den Staat, für die Staatsanwaltschaft und für die Polizei gibt, in dem es aber als völlig in Ordnung gilt, wenn Großunternehmen sich unter dem Mäntelchen des Anstandes Dinge herausnehmen, die man mit dem Wort *unanständig* nicht mehr beschreiben kann. Geht es denn einen Lieferanten oder einen Kunden etwas an, was die Mitarbeiter eines Betriebes in der Freizeit tun. Wie kann bereits das Engagement für eine Partei den Ruch der Unanständigkeit haben, so dass sich die Compliance Abteilung eines Konzerns erdreistet, dies auszuforschen und zu überprüfen. Wenn sich ein Staat so verhält – also wenn er beispielsweise eine Stasi unterhält – dann wird dies mit Abscheu und Strafe belegt. Zwingen aber Institutionen wie Transparency International und die amerikanische Börsenaufsicht Unternehmen unter dem Begriff Compliance zu derartigem Verhalten, dann ist das plötzlich in Ordnung.

Ich bin davon überzeugt, dass derartige Überwachungsstrukturen durch Unternehmen weit schärfer begrenzt werden müssen, als solche des Staates, der durch eine Hierarchie von Kontrollstrukturen geprägt ist.

Zum Bauforderungssicherungsgesetz:

Für die Absicherung von Forderungen ist seit der Erstfassung des BGB der Gläubiger verantwortlich. Das Bauforderungssicherungsgesetz geht aber genau in die andere Richtung. Und da wundert man sich, dass es an allen Ecken und Enden kracht. Das ist so, wie wenn man eine enge Straße als Einbahnstraße ausweist, aber den über 60-jährigen erlaubt gegen die Einbahnstraße fahren zu dürfen. Kein Wunder, dass es auch da permanent krachen wird.

Das Bauforderungssicherungsgesetz ist das dümmste Gesetz der deutschen Rechtsgeschichte – ein Gesetz, an das man sich nicht halten kann, ein Gesetz, das nicht ungerechter sein könnte. Fast alle sind sich einig, dass das Gesetz beseitigt, oder massiv geändert werden muss, und trotzdem, es tut sich nichts. Wir werden auch hier noch eine Weile brauchen um wieder Vernunft ins System zu bekommen.